

**A N F R A G E** von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich) und Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rütli)

betreffend Grundlagentests zur Berufslehre

---

Unsere Volksschule im Kanton Zürich hat den Auftrag, grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten zum lebenslangen Lernen zu vermitteln und bereitet die Jugendlichen auf die weitere Ausbildung und die beruflichen Tätigkeiten vor.

Aus Sicht der Lehrbetriebe haben Schulnoten an Aussagekraft verloren und sie wollen sich nicht alleine auf die Schulzeugnisse abstützen, wenn es um das Abschätzen der schulischen Leistungsfähigkeit der Jugendlichen geht. Immer mehr Firmen ist der zeitliche und personelle Aufwand für die Beurteilung der Bewerbungen zu gross und sie verlangen daher von den angehenden Lehrlingen einen Grundlagentest, sogenannten „basic check“. Dieser ist kostenpflichtig und geht zulasten der Lehrlinge. Nicht selten werden bereits für Schnupperlehren Eignungstests verlangt, wie zum Beispiel für den Beruf des Polygrafen.

Der standardisierte Grundlagentest ist ein Selektionsverfahren, welches die Chancengleichheit gefährdet und die gesamte Persönlichkeit angehender Lehrlinge ungenügend berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Bedeutung und den Stellenwert der Grundlagentests für den Zugang zur Berufsbildung ein?
2. Welche Haltung nimmt er gegenüber dem Eignungstest für den Zugang zu einer Schnupperlehre und/oder einer Berufslehre ein?
3. Wie beurteilt die Regierung die heutige Situation der Einführung solcher Grundlagentests von ausbildenden Betrieben im Kanton Zürich?
4. Teilt die Regierung unsere Ansicht, dass diese Selektionsverfahren einen Teil der Lehrstellenbewerbenden benachteiligt oder sogar ausschliesst?
5. Ist der Regierungsrat bereit alles zu unternehmen, damit die zusätzlichen Angebote für die Lehrstellensuche für die Schnupper- und angehenden Lehrlinge nicht kostenpflichtig sind?
6. Welche Massnahmen sieht die Regierung vor, damit der Übergang von der Volksschule zur Berufsbildung koordiniert erfolgt?
7. Welche Massnahmen wird der Regierungsrat ergreifen, damit die Qualität des Schulsystems sich besser mit den Anforderungen der Wirtschaft messen lässt?

Susanna Rusca Speck  
Karin Maeder-Zuberbühler